

DR. CHRISTOPH BLOCHER

Wie bewahren wir Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt der Schweiz



Rede zur

Frühjahrstagung der

«Schweizerzeit»,

Samstag, 21. Mai 2011

Hotel Zürich Marriott

Bilder: Christian Mettler, Zürich

Copyright
«Schweizerzeit» Verlags AG, CH-8416 Flaach
ISBN 3 - 907983 - 54 - 8
Juli 2011

DR. CHRISTOPH BLOCHER

Wie bewahren wir Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt der Schweiz

Rede zur Frühjahrstagung der «Schweizerzeit»,
Samstag, 21. Mai 2011, Hotel Zürich Marriott

Schweizerzeit-Schriftenreihe Nr. 54

Inhaltsverzeichnis

<i>Einleitung (Ulrich Schlüer)</i>	3
Wie bewahren wir Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt der Schweiz	6
Was ist die Schweiz heute?	7
Volkssouveränität	8
Bewaffnete Neutralität	9
Politiker: Knechte des Volkes	10
Direkte Demokratie	12
Grössenwahn der Gutmenschen	13
Gefährdete Neutralität	14
Von Grossgebilden geblendet	16
Europas Schuldenkrise	16
Den Verlockungen der Grösse erlegen	19
Wer seine Grundsätze verrät	22
Fehlkonstruktion Euro	24
Die Zeit ist reif für eine Begrenzungs-Initiative	25
Dublin	26
Das System wird unterlaufen	27
Theorie und Praxis	28
Freier Personenverkehr	28
Hochkonjunktur heute – Rezession morgen	30
Unsinnige Sozialbelastung	31
Fazit	32

Einleitung

Vor rund drei Monaten verbreiteten die Medien die Meldung, dass Frau Bundesrätin Micheline Calmy-Rey den Sicherheitsausschuss des Bundesrates verlassen habe. Dieser Sicherheitsausschuss, ein ordentliches Organ des Bundesrates, setzt sich aus drei Bundesräten zusammen: Dem Vorsteher des für die Armee verantwortlichen VBS, der Vorsteherin des Justizdepartements, die für die innere Sicherheit des Landes verantwortlich ist sowie der Vorsteherin des EDA, des Aussenpolitischen Departements. Diese drei Bundesräte stellen dem Gesamtbundesrat die Anträge zur Gewährleistung der Sicherheit der Schweiz. Es steht ihnen ein Stab von Spezialisten zur Verfügung, die sich rund um die Uhr mit der Sicherheitslage befassen. Die drei genannten Departementsvorsteher, also Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Bundesrätin Simonetta Sommaruga und Bundesrat Ueli Maurer sind für die Sicherheit unseres Landes vorrangig verantwortlich.

Der Austritt von Bundesrätin Calmy-Rey aus diesem Sicherheitsausschuss löste Überraschung aus. Der Bundesrat liess zunächst verlauten, die Aussenministerin werde durch Bundesrat Johann Schneider-Ammann ersetzt: Wirtschaftliche Faktoren – so lautete die bundesrätliche Begründung für den personellen Wechsel – bestimmten heutzutage die Sicherheitslage mindestens so stark wie politische Entwicklungen auf der Weltbühne.

Einige Tage nach dieser vermeintlichen Ernennung eines neuen Mitglieds teilte der Bundesrat dann mit, die anvisierte Ablösung sei nicht zustande gekommen – der Sicherheitsausschuss werde vorderhand nicht mehr zusammentreten.

Staaten sind im Lauf der Geschichte der Menschheit entstanden, auch die Schweiz ist entstanden, weil es jedem Menschen zunehmend bewusst geworden ist, dass er als Einzelner machtlos ist,



wenn er mit anderen zusammen Ziel eines feindlichen Angriffes wird. Verteidigung – eines Dorfes, einer Region, eines Landes – glückt nur, wenn der Feind vereint bekämpft wird, wenn sich alle für die Abwehr einsetzen.

Freiheit kann erfolgreich nur verteidigt werden, wenn sich die Gemeinschaft aller Freien zusammenfindet zum gemeinsamen Abwehrkampf. Natürlich sind dabei auch Verantwortliche für die Kommandoführung zu ernennen. Und damit der Abwehrkampf erfolgreich geführt werden kann, muss die Lage richtig eingeschätzt werden. Für die laufende Beurteilung der Lage ist in der Schweiz der erwähnte bundesrätliche Sicherheitsausschuss zuständig. Doch eine dürre Pressemeldung orientiert Land und Volk darüber, dass dieser Sicherheitsausschuss seine Tätigkeit schlicht und einfach eingestellt habe. Das für die Sicherheit der Schweiz zustän-

dige Organ hat sich offensichtlich selbst aus der Verantwortung genommen. Ersatzlos.

Unsere Armee ist – Folge einer gescheiterten, illusionengetränkten, auf internationale Einbindung ausgerichteten Armeereform – mit schweren Problemen konfrontiert. Die Behebung der zwischen 1989 und 2008 angerichteten Schäden ist schwierig und höchst anspruchsvoll. Vernachlässigtes, unbesonnen verschrottetes Material erfordert teure Nachrüstung. Der Kampf um die Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Luftwaffe löst erbitterte Diskussionen aus.

Bei allem Respekt vor dem Umfang dieser Probleme muss indessen eine Tatsache festgehalten werden: An der Frage, ob die Tiger-Kampfflugzeuge ein Jahr früher oder später ersetzt werden, geht die Schweizer Armee nicht unter. Dann aber, wenn die drei für die Sicherheit des Landes verantwortlichen Bundesräte ihre Aufgabe schlicht annullieren, weil zwei der drei für die Sicherheit des Landes Verantwortlichen mit der Unabhängigkeit und Selbständigkeit unseres Landes offensichtlich nicht mehr viel anfangen können – dann ist unser Land in seinem Innersten gefährdet. Dann ist das Überleben unseres Landes, unserer freien, unabhängigen Schweiz ernsthaft in Frage gestellt.

Aber die Schweiz des Jahres 2011 präsentiert sich ihren Bürgern tatsächlich als Land, dessen für die Sicherheit des Landes zuständiger Ausschuss der Regierung sich selbst kurzerhand aus seiner Funktion entlassen hat.

Ein Vorgang, der jeden Bürger, jede Bürgerin, die ihr Land als freies, unabhängiges Land bewahren wollen, im Innersten aufrütteln müsste: Die Schweiz ist nicht von aussen, sie ist von innen bedroht – von ihrer Regierung, deren Mehrheit das Interesse an der Selbständigkeit der Schweiz verloren hat.

Ulrich Schliuer

Christoph Blocher

Wie bewahren wir Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt der Schweiz

Bereits der Titel, welcher der heutigen Tagung mitten in der Stadt Zürich vorangestellt worden ist, schafft Klarheit: Es geht um Grundsätzliches. Die Tatsache, dass Sie für das Thema der heutigen Tagung teilweise von weither nach Zürich gekommen sind, zeigt, dass wir uns dieser Grundsätze **Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt** nicht mehr wirklich sicher sind – obwohl die Grundsätze «Freiheit», «Sicherheit» und «Wohlfahrt» ganz zuvorderst – nämlich bereits im Zweckartikel – in unserer Bundesverfassung an prominentester Stelle anzutreffen sind. Die Wahrung von Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt sind die drei wichtigsten Aufgaben des Staates. Und alle unsere Politiker legen bei Amtsantritt einen Eid ab, diese Grundpfeiler unserer Demokratie zu wahren und zu verteidigen.

Warum diskutieren wir heute über Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt, wenn die Wahrung dieser Güter doch so klar in Stein gemeißelt ist?

Gehen wir der Sache auf den Grund:

Was ist die Schweiz, von der wir weder das genaue Geburtsdatum noch den Ort ihrer Entstehung genau kennen (denn Geburtsdaten spielen für Staaten nicht die gleich wichtige Rolle wie für Menschen, bei denen das Leben mit dem ersten Atemzug beginnt). Aber lässt uns hier nicht über die weit zurückliegende Vergangenheit grübeln. Wenden wir uns der Gegenwart zu!

Was ist die Schweiz heute?

Die Schweiz ist zuerst einmal ein souveränes Land und wird als solches auch akzeptiert (Doch auch diese Binsenwahrheit wird von der heutigen «classe politique» vielfach in Frage gestellt). Zweitens ist die Schweiz im Vergleich zu den anderen Ländern dieser Welt ein kleines Land.

Und drittens ist die Schweiz aufgrund ihrer natürlichen Ressourcen ein mausarmes Land. Die Schweiz hat nur einen wertvollen Rohstoff: Wasser. Aber von Wasser allein kann der Mensch nicht leben – darum trinken so viele Leute lieber Wein.

Heute werden die verschiedensten, manchmal nützlichen, manchmal unnötigen, Ranglisten erstellt: Welches Land ist das freiheitlichste? Welches Land vermittelt die höchste Lebensqualität? Welches Land ist am wettbewerbsfähigsten? Welches Land generiert pro Kopf der Bevölkerung das höchste Bruttosozialprodukt? Sogar diejenigen, die nicht für die Selbständigkeit unseres Landes einstehen, müssen anerkennen: Die Schweiz belegt in all diesen Ranglisten vorderste Plätze.

Ein Amerikaner, der fünfzehn Jahre in der Schweiz gelebt hat und kürzlich wieder nach Amerika zurückgekehrt ist, hat mir vor Wochenfrist einen Brief geschrieben. Darin finden sich die folgenden Worte:

«Erst seit ich wieder zu Hause bin, wird mir bewusst, wo ich in den vergangenen fünfzehn Jahren gelebt habe: Ich lebte im besten Land der Welt – und ich kenne fast die ganze Welt. Ich lebte während fünfzehn Jahren in dem Land, wo die Freiheit am ausgeprägtesten ist. Und ich lebte in einem Land, das wahrscheinlich die besten Zeiten seit seiner Entstehung erlebt.»

So beurteilt dieser Amerikaner die heutige Schweiz. (Ich denke: Wenn wir diesen paradiesischen Zustand auch nur ertragen könnten!)

Wieso ist ausgerechnet dieses von Natur aus mausarme Land das beste Land der Welt? Ein Land ohne Rohstoffe, ohne Meeranschluss, ein Land, das keinen Binnenmarkt besitzt – um all die von den Ökonomen als Voraussetzung für Wirtschaftserfolg täglich repetierten Begriffe aufzuzählen. Ein Land, das in seiner Mitte von einem unmöglichen Alpenriegel entzweigeschnitten wird, der bloss mit Tunnels zu durchqueren ist, deren Zahl für teures Geld laufend erhöht werden muss. Es wird oft lamentiert, wie furchtbar kompliziert diese unsere Schweiz mit ihrem Föderalismus doch sei – es sei überfällig, endlich mit der «Harmonisierung» zu beginnen.

Die Schweiz ist das genaue Gegenteil einer «harmonisierten Einheit». Die Schweiz ist ein Sonderfall!

Volkssouveränität

Warum aber ist die Schweiz so, wie sie eben ist? Die Antwort ist einfach: Die Schweiz hat eine besondere Staatsform – darum geht es uns weniger schlecht als allen anderen. Darum haben wir – zwar auch viele, aber immerhin weit weniger Schulden als alle anderen Staaten. Deshalb geniessen wir Schweizer mehr Freiheit als alle anderen.

Was zeichnet die Schweizer Staatsform denn gegenüber den Staatsformen anderer Staaten aus? Die Schweiz stellt die Bürgerin und den Bürger in den Mittelpunkt. Nicht den Staat! Nicht die Grösse des Landes! Nein! Das Individuum, die Eigeninitiative, die Verantwortung und die Tüchtigkeit

*«Der Einzelne,
die Eigeninitiative,
die Verantwortung
und die Tüchtigkeit des
Einzelnen stehen im
Zentrum»*

des Einzelnen stehen im Zentrum. Darauf zählte und zählt die Schweiz – nicht weil die Schweiz gescheitert war und ist als die anderen Länder. Die Schweiz wurde von den gegebenen Verhältnissen zu ihrer

Haltung gezwungen: In einem derart armen Land wie der Schweiz muss man mit dem etwas anfangen, was man hat. In aller Bescheidenheit.

Wir müssen tüchtiger sein als die anderen. Wir müssen die höhere Leistung erbringen.

Wir werden mitunter belächelt, wir würden am längsten arbeiten. Das trifft zu. Ich kenne niemanden, der nie gearbeitet hat und dann doch etwas wurde. Arbeit und Leistung sind hierzulande einfach erforderlich. Im Ausland mag dies anders sein: Dort kann man Öl aus dem Boden gewinnen. Man wird damit reich – vielleicht muss man dafür nicht einmal arbeiten. Wohlan! Nur: Was diese ohne Arbeit reich Gewordenen dann mit ihrem Reichtum anfangen – das wird auch sichtbar: Nicht immer wirklich Gescheites.

Bewaffnete Neutralität

Das ist die Schweiz: Die Leistung steht im Vordergrund. Und früh haben die Schweizer auch eingesehen: Weil unser Land klein ist, können wir nicht gleichzeitig mächtig sein, können wir nicht die ganze Welt regieren wollen. Die Schweizer waren mehr als einmal versucht, sich von der Machtpolitik verführen zu lassen. Aber in der Schlacht von Marignano im 16. Jahrhundert endete das Abenteuer «Macht» in einer vernichtenden Niederlage. Die Schweizer zogen die richtige Konsequenz. Sie erkannten: Wenn die Grossen ihre Händel austragen, ist es gescheiter, zu Hause zu bleiben. Würden doch unsere Bundesräte auch immer die Frage stellen, bevor sie sich auf Reisen begeben: «Wäre es nicht gescheiter, einfach zu Hause zu bleiben...?»

Die Erfahrung von Marignano lehrte die Schweizer: Als kleiner Staat mit beschränkter Macht können wir zwar mit allen Staaten verkehren – aber am besten ist es, wenn wir politisch neutral bleiben. Wir Schweizer mischen uns besser weder in Kriege noch Konflikte, noch in die Auseinandersetzungen der Mächtigen die-

ser Welt ein, weil wir sonst plötzlich – gegen unseren Willen – in einen Konflikt hineingezogen werden könnten, aus dem wir nicht mehr herausfinden würden. Es ist keine Schande, einzugestehen, dass wir zu schwach sind, um Weltkriege zu führen. Das ist ganz einfach die Realität.

Aber wir sind stark genug, unser Land zu verteidigen. Wenn Bundesrat Ueli Maurer – verantwortlich für die Schweizer Armee – für unser Land die beste Armee der Welt verlangt, dann ist dies nicht die Armee der Amerikaner oder die Armee der Engländer. Die Amerikaner und Engländer benötigen andere Armeen als die Schweiz. Aber zur Verteidigung unseres Landes brauchen wir die beste Armee. Nicht mehr und nicht weniger.

Politiker: Knechte des Volkes

Die Bürger unseres Landes haben die Gefahr früh erkannt. Wer ist fähig, ein Land zu zerstören? Ein Blick in die Weltgeschichte schafft Klarheit: Unsinn und Krisen sind nie von den Bürgern angezettelt worden, sondern stets von den Verantwortlichen, die die Weichen falsch gestellt haben. In der Schweiz erkannten die Bürgerinnen und Bürger früh, dass von den Politikern Gefahr ausgehen kann, und dass diese darum zu kontrollieren sind. Deshalb suchten sie nach einer Staatsform, in welcher Politiker, die zum Land schauen, tätig sind, aber als Stellvertreter, weil ja nicht alle miteinander regieren können. Das Volk suchte in den Politikern stets Vertreter, welche die Arbeit machen fürs Volk und zum Wohle des Volkes. Das Volk wollte aber auch, dass die Politiker die Knechte des Volkes bleiben. Das Volk erkannte die Gefahr, dass Politiker, wenn man sie einfach machen lässt, gerne nach anderem streben als nach dem, womit man sie beauftragt hatte.

Aus dem Wissen der Bürger entstand die Kontrolle durch die direkte Demokratie. Die Schweizer wählen zwar die Politiker; aber wenn diese Politiker dann im Parlament sitzen, dann schauen die Schweizer ihnen auf die Finger. Und wenn die Politiker Geset-



ze machen, dann will die Bevölkerung mitreden – bezüglich der Gesetze mit dem fakultativen und bezüglich der Bundesverfassung mit dem obligatorischen Referendum.

Die Schweizer wussten: Die gefährlichste Macht ist die Macht der Politiker über Geld. Verwehrt man den Politikern das Geld, dann sind ihnen die Möglichkeiten genommen, Dummheiten anzustellen und Unüberlegtes in die Wege zu leiten. Mag sein, dass man Politiker damit zum Nichtstun zwingt – immerhin: Wer nichts tut, tut nichts Dummes! Darin spiegelt sich eine alte schweizerische Erfahrung: Wollen die Politiker Geld von den Bürgern, dann müssen sie vor dem Volk begründen, weshalb und wie viel. Dann erst spricht das Volk möglicherweise das angeforderte Geld – jedenfalls dann, wenn es sich überzeugen lässt, dass der zu gewährende Kredit nicht für Dummes verwendet wird.

Es gibt Leute – die Altachtundsechziger lassen grüssen – die das «Modell Schweiz» als veraltetes Modell eher verachten. Dabei hat sich dieses Modell Schweiz bewährt (sonst gäbe es ja keine sol-

chen Rankings!) – auch für die Industrie, für jede Fabrik, für jedes Unternehmen. Ein bewährtes Modell wirft man doch nicht einfach über den Haufen – und faselt vage von «neuen Modellen». Damit gefährdet man bloss bewährte Grundsätze.

Auch heute stehen «neue Modelle» hoch im Kurs. Ob der daraus resultierenden orientierungslosen Lust an Neuem ist vor allem auch unsere Neutralität gefährdet. Zu viele übersehen aus Gedankenlosigkeit, dass ein Modell, das sich bewährt hat, offensichtlich ein richtiges und ein taugliches Modell ist. Wie viele neue und neu-modische Modelle sind doch schon grossartig propagiert und rasch eingeführt worden – und wenig später sprach schon niemand mehr davon.

Direkte Demokratie

In der Industrie haben wir das wiederholt erlebt: In den guten Jahren werden laufend neue Modelle mit grossen Worten propagiert und oft auch übereilt eingeführt. Sobald es aber schlecht geht, besinnt man sich wieder auf die alten, bewährten Grundsätze: Ärmel hochkrepeln! Anpacken! Und gefordert sind wieder Führungskräfte, die Entscheidungen treffen, die selbst aktiv sind, die nicht bloss repräsentieren und von Konferenz zu Konferenz reisen.

In schlechten Zeiten greift man zurück aufs Bewährte. In guten Zeiten erlaubt man sich Sünden, aus denen grosse Gefahr resultieren kann.

Das gilt auch heute: Aus Übermut ist unsere schweizerische Neutralität, unsere Unabhängigkeit und der Wille, selber zu bestimmen, gefährdet, obwohl in den Jahren unserer Geschichte kraftvoll zum Ausdruck gebracht. Warum begann es vor 700 Jahren mit dem «Wir wollen keine fremden Richter» – gemeint war keine fremde Obrigkeit? Die Eidgenossen wollten selbst bestimmen. Auch heute wollen die Bürginnen und Bürger selbst bestimmen. Darin unterscheidet sich die Schweiz von allen anderen Ländern.

Es hat nichts Anrühiges, wenn ein Staat sich eine Ordnung einrichtet, die andere nicht haben. Wir schaffen unsere eigene Ordnung, andere wählen für sich eine andere. Wenn diese anderen von ihrer Ordnung überzeugt sind, stehen wir ihnen gewiss nicht im Weg! Selbst wenn sie eine Diktatur einrichten wollten, weil sie diese in ihrem Land für die geeignete Staatsform halten, dann sollen sie eben eine Diktatur einrichten. Wir wollen keine Diktatur! Und wir haben mit unserer direkten Demokratie gute Erfahrungen gemacht.

Neuerdings wird die direkte Demokratie in Frage gestellt. Gerade darum denken wir heute über die Grundsätze unserer Schweiz nach. Warum wird unsere direkte Demokratie heute angegriffen? Wir glauben, den Grund dafür gefunden zu haben: Für jene, die zwar beteuern, an unserer eigenständigen Staatsordnung festhalten zu wollen, die andererseits aber ständig nach links und nach rechts schießen, ob es anderswo nicht doch noch etwas Schöneres und Besseres gäbe, für die ist es schwierig, zur Schweiz und ihrer Eigenständigkeit zu stehen.

Der Grössenwahn der Gutmenschen

In den letzten rund zwanzig Jahren machte sich in unserem Land Grössenwahn breit. Auch solche, die äusserlich eher bescheiden daherkommen, sind dem Grössenwahn verfallen – ihr Handeln damit rechtfertigend, dass man «nicht abseits stehen» könne, wenn andere vorangingen.

Ich rede vom Grössenwahn der «Gutmenschen» – denn «Gutmenschen» sind das Gegenteil von «gut». Denn der, welcher Gutes will, kann längst nicht immer gut aussehen. Das bemerken Sie gewiss schon im Kleinen: Es gibt Mütter, die von sich sagen, «Ich bin eine gute Mutter», z.B. Mütter, die ihren Kindern jeden Wunsch erfüllen und immer bloss «Ja» sagen. Natürlich steht eine solche Mutter meistens gut da – zumindest am Anfang der Erziehungsarbeit. Später, wenn die Kinder in die Pubertät kommen, sieht es dann allzu oft weniger gut aus ...

In der Politik ist es nicht anders: Die «Ja-Sager», das sind die «guten» Politiker, auch wenn sie bloss einer Modeerscheinung auf den Leim kriechen. Diejenigen aber, die «Nein» sagen, die z.B. für die Unabhängigkeit einstehen, die werden als selbstsüchtige Egoisten beschimpft.

Wenn jemand so attackiert wird, dann kann die Weste schmutzig werden; besonders die Weste derer, die sich unbeirrbar für das eigene Land einsetzen. Die anderen aber sonnen sich in «weisser Weste» und sagen, sie seien gute Menschen. Der Grund für die Fehlentwicklungen, die uns heute bedrängen, liegt darin, dass allzu viele Leute aus allen Instanzen Freiheit, Sicherheit, und Wohlfahrt der Schweiz aufs Spiel setzen, um mit weisser Weste dazustehen.

Wie steht es nun konkret um die Neutralität in der Schweiz?

Gefährdete Neutralität

Ich sass bekanntlich einige Jahre im Bundesrat. Da konnte ich in die Verwaltungen hineinschauen. Ich weiss, wie es dort zu und her geht. Ich weiss insbesondere: Fast alle in der Verwaltung wollen aus einem inneren Drang die Neutralität abschütteln. Sie wissen zwar, dass das Volk an der Neutralität hängt, denn es werden ja laufend Meinungsumfragen durchgeführt, die zeigen, dass immer mehr Schweizerinnen und Schweizer die Neutralität befürworten.

Wie antworten die Verwaltung, die Regierung, die Politiker auf dieses Bedürfnis der Bürger? Zunächst sagen alle, sie seien selbstverständlich für die Neutralität – damit glauben sie, zumindest ihre Weste sauber zu halten. Die Öffentlichkeit soll in ihnen den «guten Menschen» sehen. Hinter dem Rücken, insgeheim arbeitet der gleiche Mensch allerdings am Gegenteil: Er trachtet mit vielen anderen zusammen danach, die Neutralität zu untergraben. Man arbeitet zielbewusst an ihrer Verstümmelung – indem man zum Beispiel die Neutralität mit schönen Wörtern verziert: Man beschwört die «aktive» Neutralität – obwohl dies ein Widerspruch in sich selbst

ist: Wer aktive Aussenpolitik betreibt, kann nicht neutral sein. Neutral sein heisst meist stille sitzen. Aber nein, man rennt vielmehr an jede internationale Konferenz. Man will überall

*«Man arbeitet
zielbewusst an der
Zerstörung unserer
Neutralität»*

dabei sein, oder man veröffentlicht zu jedem Ereignis in der Welt parteiische Erklärungen. Er oder sie sitzt an jeder Konferenz, verteilt Geld nach allen Seiten. Er oder sie will zuvorderst stehen, wenn ein neuer Staat anerkannt werden soll – auch dann, wenn dieser «neue» Staat noch gar kein Staat ist. So stellt sich «aktive Aussenpolitik» dar. Gegen diesen Kurs ist Gegensteuer zu geben. Er ist unschweizerisch. Wer ihn verfolgt, steht nicht mehr zur Schweiz, weil er die Neutralität, eine der tragenden Säulen der Eidgenossenschaft, unterminiert.

Angesichts der Erfahrung, welche wir mit unserer Neutralität sammeln konnten, ist deren Unterminierung unverständlich. Dank ihrer dauernd bewaffneten Neutralität wurde die Schweiz von zwei Weltkriegen verschont. Es gibt kein anderes Land in Europa, das während der letzten zweihundert Jahre keinen Krieg erlebt hat. Unser kleines Land blieb, obwohl es geographisch im Zentrum der Auseinandersetzungen gestanden hat, als einziges Land verschont. Jetzt aber kommen die Gutmenschen und mäkeln: Ja, mit unserer Neutralität im Zweiten Weltkrieg – da sei dann auch nicht alles so wirklich sauber gelaufen; in Wahrheit habe die Schweiz doch bloss eine selbstsüchtige, egoistische Politik verfolgt, indem sie sich vor der Parteinahme «gedrückt», aus den Aufgaben, die andere auf sich genommen hätten, herausgehalten habe. Und manchmal habe sie sogar noch mit dem Dritten Reich «geschäftet».

Die, die derart daherreden, wissen gar nicht, was es bedeutet, in einen Krieg verwickelt zu werden. Sie wissen nicht, wovon sie schwatzen. Hätten sie es denn begrüsst, wenn die Schweiz damals unter die Räder gekommen wäre? Wer so denkt, hat eine kranke, nicht lebensbezogene, unethische Gesinnung. Sie möchten ein Volk

tatsächlich dem Elend eines Krieges preisgeben, möchten es hängen lassen. Da muss Gegensteuer gegeben werden.

Von Grossgebilden geblendet

Auf der anderen Seite lassen sich diejenigen, für die die Neutralität zu kleinkariert ist, blenden von politischen Grossgebilden, die auch Ausdruck von Grössenwahn sind. Man meint, je grösser ein Gebilde aufgebläht werde, desto wertvoller sei es. Gleiche Bewunderung für die Grösse machte sich zeitweise auch in der Wirtschaft breit. Immer grösser und grösser – das war Trumpf. Was daraus wurde, war für einzelne Unternehmen fatal: Es wurde korrigiert, denn die Wirtschaft unterliegt dem Gesetz, dass wenn etwas nicht überlebensfähig ist, es auch tatsächlich im Bankrott endet. Das ist gut so. So wird Falsches, nicht mehr Konkurrenzfähiges eliminiert. Eine Wirtschaft, ein Unternehmen, das nichts mehr leistet, muss sterben, muss Platz machen für andere, erfolgreiche Unternehmen.

Bei Staaten ist dies anders, die leben oft weiter, auch wenn sie eigentlich schon lange tot sind. Die Welt erlebt das gegenwärtig im Blick auf die Verschuldungskrise. Da gibt es bankrotte Staaten, die einfach weiter existieren, dabei sogar noch leidlich funktionieren. Ganz Europa leidet unter dieser Entwicklung. Besonders leiden diejenigen, die all das Marode zu bezahlen haben, die Steuerzahler nämlich.

Europas Schuldenkrise

Europa befindet sich nicht in einer Währungskrise, Europa ist konfrontiert mit einer Schuldenkrise. Die Wahrheit dazu ist einfach; man muss sich, um sie zu verstehen, nicht in komplizierte Theorien vertiefen: Die Regierungen der europäischen Länder haben zu viel Geld ausgegeben. Punkt. Wer laufend zu viel Geld ausgibt, der gerät in die Schulden. Er kommt nur dann wieder aus den Schulden heraus, wenn er weniger ausgibt.



Dazu gilt eine weitere, überaus einfache Weisheit: Wenn jemand zu viel Geld ausgibt, darf man ihm kein Geld mehr geben – sonst gibt er bloss noch mehr Geld aus. Auch das ist ein schweizerisches Prinzip – es ist ein gutes Prinzip.

Von der Verschuldungskrise gehen alle Unwägbarkeiten aus, die heute die Welt bedrängen. Neben den europäischen Staaten auch Amerika und Japan: Beide Staaten leben über ihre Verhältnisse. Das versuchen sie zunächst noch zu verdecken, indem sie laufend neues Geld drucken. Die Amerikaner lassen ihre Währung massiv abwerten. Der Dollar sinkt und sinkt. Vorgestern (19. Mai 2011) stand er bei 84 Rappen, der Euro bei Fr. 1.24. Mit beiden geht es weiter abwärts. Eine Entwicklung, die sich damals, als ich industriell tätig wurde, niemand vorstellen konnte. Damals stand der Dollar bei Fr. 4.30. Als er auf Fr. 3.80 gefallen war, glaubte die Wirtschaft, sie könne nicht mehr produzieren in der Schweiz. Hier zu produzieren würde viel zu teuer. Nun steht der Dollar bei einem Kurs von unter 85 Rappen – aber die Schweizer Industrie produziert immer noch! Der Exportanteil an der Unternehmung, für die

ich verantwortlich war, beträgt heute 96 Prozent – damals betrug er erst 30 Prozent.

Offensichtlich ist, was geschieht, wenn man Finanzen und Währung verlottern lässt: Das amerikanische Volk wird ärmer – Folge seiner schwachen Währung. Wie die Entwicklung weitergeht, wissen wir nicht. Wir wissen nur eines: Amerika geht nicht bankrott; Amerika kann gar nicht bankrott gehen, denn die USA verfügen über eine eigene Notenbank. Die Amerikaner drucken einfach Geld. Daraus droht eine Währungskrise unabsehbaren Ausmasses: Es ist nicht undenkbar, dass die Dollarabwertung bis auf einen Rappen weitergehen könnte. Dann werden sich die Amerikaner bereit erklären, all ihre Schulden zurückzubezahlen. Der Dumme ist dann der, der den Amerikanern Geld geliehen hat. Der Gläubiger ist der Dumme, nicht der Schuldner. Jeder hat im Verkehr mit seiner Bank ähnliche Erfahrungen gesammelt. Ein Unternehmer hat die seinigen so zusammengefasst:

«Als ich 500 000 Franken Vermögen auf der Bank hatte und keine Schulden, musste ich stets Angst haben, dass ich das verliere. Ich war Gläubiger. Heute habe ich fünf Millionen Schulden bei der Bank – heute ist es gefährlich für die Bank, denn sie ist Gläubiger!»

So funktioniert es auch auf der Welt; die Länder verhalten sich gleich. Wer hat denn den Griechen all das Geld geliehen in den letzten Jahren, aus dem die griechische Verschuldung entstanden ist? Wer hat eine Währung geschaffen, mit der Griechenland über Nacht in den Besitz von viel zu viel und zu gutem Geld gelangt ist? Hätten die Griechen noch ihre eigene Währung, dann wäre jetzt der griechische Drachme am Boden. Dann wäre den Griechen heute klar, dass sie von niemandem mehr Geld bekommen können. Weshalb schützt die EU heute die Griechen? Die EU schützt die Griechen nicht, weil alle die Griechen gern haben – so nett sind sie nicht, die Politiker, nicht einmal die Gutmenschen unter ihnen.

Nein! Diejenigen, die den Griechen all die Milliarden geliehen haben, sitzen heute in der Tinte. Sie sitzen auf Ausständen schwin-

delirierender Höhe – namentlich die deutschen und die französischen Banken. In Deutschland sind vor allem die Länderbanken betroffen. Wenn die EU Griechenland fallen lässt, dann gehen all diese Banken mit ihren Milliarden-Ausständen bei den tief verschuldeten Staaten bankrott. Die Ausstände sind derart gross, dass selbst Deutschland und Frankreich diese Banken schützen müssten, und das wäre wiederum gefährlich für diese Länder.

So sprechen die Gläubiger den Griechen grosszügig neue Kredite. Sie behaupten, als «gute Menschen» den Griechen zu helfen; in Wahrheit hoffen sie, ihre eigenen Banken vor dem Untergang zu retten. Natürlich diskutieren sie hinter verschlossenen Türen durchaus über die wahren Probleme. In der Öffentlichkeit schwelgen sie lieber in wunderschönen Floskeln – zur Tarnung der Realität ...

Den Verlockungen der Grösse erlegen

Da melden sich auch der Bundesrat und Herr Hildebrand von der Nationalbank zu Wort: Die Schweiz müsse helfen, sie dürfe jetzt nicht abseits stehen, beschwören sie die Öffentlichkeit. Und sie verlangen Milliarden-Zahlungen an den Internationalen Währungsfonds (IWF), der keineswegs zur Bewältigung von Überschuldungsfällen geschaffen worden ist.

In offenem Widerspruch zu den IWF-Satzungen wird der IWF derzeit vorsätzlich in die Schuldenkrise verwickelt. Die Schweiz bewilligte vorerst 16,8 Milliarden Franken an die geplante IWF-Hilfsaktion – eine den IWF-Satzungen widersprechende Aktion, die niemals hätte mitgetragen werden dürfen. Wer sich daran beteiligt, hilft mit, dass die Krise nicht bewältigt wird.

Dem Internationalen Währungsfonds ist die Schweiz anfangs der Neunzigerjahre bedauerlicherweise beigetreten; der Entscheid fiel in einer Volksabstimmung. Weil damals die Banken massiv für die Beteiligung am IWF Stellung bezogen hatten, sind wir heute Mitglied – und somit gefangen in einem falschen System. Wissen Sie, meine Damen und Herren, dass Sie als Schweizer via IWF den

höchsten Betrag pro Kopf der Bevölkerung an die Verschuldungskrise leisten – weit mehr als die Deutschen, die Österreicher und die Franzosen; auch bei weitem mehr als die Amerikaner. Dafür, dass wir Schweizer von allen Ländern der Welt am meisten an die Schuldenländer zahlen, dafür lobt man uns als «gutes Land». In Wahrheit müssen wir bezahlen, weil Bern und der Nationalbank-Chef nach hohem Ansehen auf der Weltbühne lechzen.

An der Spitze des IWF befand sich, wie die Welt heute zur Kenntnis nehmen darf, ein Parade-Exemplar von Gutmensch schlechthin – in der Person des Präsidenten Dominique Strauss-Kahn. Als er zurücktreten musste, wurde bekannt, wie Herr Kahn so gelebt hat: In New York pflegte er regelmässig in einer Suite zu übernachten, die pro Nacht Fr. 3000.– kostet. Ist dieser IWF nicht eine bemerkenswert wohltätige Institution, dass er seinen Spitzenfunktionären – Strauss-Kahn ist übrigens ein Sozialist – für ihre Eskapaden derartigen Luxus bezahlt? Damit aber nicht genug: Für Strauss-Kahn war immer ein Erstklass-Flug bei der Air France reserviert – zu jeder Zeit, wohin es ihn auch immer zu reisen gelüstete. Zeigt sich in solchen Ansprüchen, in solchem Lebensstil nicht Grössenwahn? Da ist jede Kontrolle aufgehoben. Und wo es keine Kontrolle gibt, gibt es Exzesse.

Für seine sexuellen Eskapaden muss Strauss-Kahn vor Gericht. Das finanzielle Desaster, das keiner sehen will, hat eine noch weit grössere Dimension: Herr Strauss-Kahn hat als Europäer das Geld des IWF vor allem in Europa verteilt – weil er selbst französischer Staatspräsident werden wollte. Wer solche Ziele verfolgt, muss beliebt sein in Frankreich. Dazu muss man den Franzosen einiges zuliebe tun – am besten geschieht dies mit dem Geld von anderen, z.B. mit dem Geld der Schweizer: Das ist die finanzielle Realität im IWF, wie sie anlässlich des Rücktritts von Dominique Strauss-Kahn schlagartig sichtbar geworden ist.

Es ist unglaublich, dass das Schweizer Parlament IWF-Kredite in einer Höhe von sage und schreibe über 16 Milliarden – das entspricht etwa einem Drittel des Bundeshaushaltes – nach bloss mini-

maler Beratung bewilligt. In Budget-Sitzungen wird über Beträge von 50 000 Franken manchmal stundenlang gestritten – wenn, z.B. die Frage beantwortet werden muss, ob die Ziegen-Haltung auch Subventionen erhalten solle oder Subventionen allein für Schafe bezahlt werden sollen. Darum geht es in heutigen Spardebatten.

Dann aber kommt einer und fordert 16 Milliarden – und sozusagen über Nacht wird der Kredit gesprochen. Frau Widmer-Schlumpf verlangte in der Dezember-Session 2010 gar die Sofort-Bewilligung – ohne Kommissions-



beratung, obwohl genaue Informationen, wofür die verlangten Milliarden verwendet werden sollten, noch gar nicht gegeben werden konnten. Die Finanzministerin setzte das Parlament mit der simplen Behauptung (sie erwies sich später als falsch) unter Druck, dass gewisse Staaten, wenn die Schweiz nicht unverzüglich bezahle, pleite gehen würden. Damit wollte sie das 16-Milliarden-Geschäft im Express-Verfahren durchpeitschen. Das Parlament blockierte zwar diese Sofort-Bewilligung – wahrscheinlich wollten die Parlamentarier nicht auch noch in den Weihnachtsferien arbeiten. Also kam das Geschäft erst im März 2011 vor die Räte, wurde dort aber von einer Mitte-Links-Mehrheit bedenkenlos und rasch durchgewinkt. Die Mehrheit verwarf Anträge, die zunächst genaue Prüfung der Situation verlangt hätten. Die Milliarden wurden ohne Lageanalyse bewilligt. Alles geschah in der gleichen Eile, in der gegenwärtig die Neubesetzung der IWF-Spitze erfolgt: Es müsse

ein Europäer sein, wird lautstark gefordert, sicher kein Amerikaner. Weil die Amerikaner – wenigstens im Prinzip und anfänglich – nicht Schuldenstaaten mit IWF-Mitteln unter die Arme greifen wollen. Allerdings rückte Präsident Obama rasch ab von seinem anfänglichen Widerstand. Er unternimmt deshalb nichts, weil er befürchtet, bald auch für den amerikanischen Haushalt oder für amerikanische Teilstaaten IWF-Mittel in Anspruch nehmen zu müssen.

Wer seine Grundsätze verrät

Die alte Erfahrung bewahrheitet sich: Wer die eigenen Grundsätze verrät und verlässt, der gerät ins Uferlose. So erlebten wir es auch in der Wirtschaft während der Finanzkrise 2008/2009. Es begann – wie immer – in Amerika. Amerika war mit seinen Hypothekengeschäften dem Grössenwahn verfallen. Man offerierte allen Menschen Hypotheken. Auch jenen, die das dafür erforderliche Vermögen nicht besaßen, die die geschuldeten Hypothekenzinsen also nie zurückbezahlen konnten. Man behalf sich, indem einfach die Hypotheken um den fälligen Hypothekenzins der Zahlungsunfähigen erhöht wurden. Die Schuld-Papiere «steckte man dann in eine Schuhschachtel», schüttelte diese kräftig durch und gründete mit dem «Ergebnis» eine neue Aktiengesellschaft: Auf diese Weise, behaupteten die Finanzfachleute, habe man «das Risiko verteilen» können. Dieses Spiel trieb man immer wieder von neuem. Niemand hatte mehr den Durchblick. Am Ende gab es einen Knall – und wer hatte den zu bezahlen? Andere hatten zu bezahlen, sicher nicht diejenigen, die den Knall verursacht haben.

Dass es dazu kam, dafür war eine politische Weichenstellung entscheidend: Präsident Bill Clinton verkündete als Programm, dass jeder Amerikaner ein eigenes Grundstück sollte kaufen können – ob er das erforderliche Vermögen besass oder nicht. Wer sich an Grundsätze hält, weiss genau, dass ein solches Programm nie funktionieren kann. Wer seine Grundsätze verlässt, gerät ins Uferlose.



Christoph Blocher, Christian Schmid, Ulrich Schliuer

So geschah es auch mit diesem politischen Programm von Präsident Clinton.

Die Schweiz gibt heute Geld aus für Dinge, für die sie niemals Geld ausgeben dürfte – weil die Ausgabe bloss die Verschlimmerung der Lage bewirkt. Wir verlassen damit unsere guten schweizerischen Grundsätze. Wir verraten gute Schweizer Prinzipien. Die Schweiz verfällt gleichem Grössenwahn, dem andere schon verfallen sind. Die Nationalbank hat für rund 200 Milliarden Franken fremde Währungen gekauft – ist das nicht Grössenwahn? Die Nationalbank-Führung glaubte, damit den Euro stützen zu können. Solches vermag kein Land, nicht einmal Amerika! Weil diese «Investition» wider alle Vernunft trotzdem getätigt wurde, verliert die Nationalbank jetzt jeden Tag Geld

«Die Schweiz gibt heute Geld aus für Dinge, für die sie niemals Geld ausgeben dürfte»

– von unserem Geld! Das ist unsolid! Damit wird das Fundament unseres Landes untergraben. Bedroht wird davon unsere Wohlfahrt. Und unsere Freiheit wird eingeschränkt – wir können nicht mehr frei entscheiden.

Und was steckt hinter dieser verhängnisvollen Politik? Bern ist geblendet von der Europäischen Union. Bern sieht in der EU noch immer eine grossartige Konstruktion. Sie «wahre den Frieden», wird mit vibrierender Stimme beschworen. Wer wahrt denn da welchen Frieden? Muss man, um den Frieden in Europa zu wahren, alles gleichschalten? Muss man eine Einheitswährung schaffen? Man sah zwar die Problematik. Darum hat man Obergrenzen für Defizite, Teuerung und Schulden festgelegt. Aber niemand hat einen Gedanken daran verloren, was geschehen müsste, wenn sich EU-Länder schlicht und einfach nicht an diese Vorgaben halten – was denn auch geschah.

Fehlkonstruktion Euro

Die Griechen haben als erste die gesetzten Grenzen überschritten. Dann, als in Deutschland der Regierungswechsel zu den Sozialdemokraten Tatsache wurde, geschah das Entscheidende. Ich habe die Worte von Finanzminister Eichel heute noch in den Ohren, wie er mitleidvoll klagte, die gesetzten Grenzen seien wirklich zu hart für die Griechen, man müsse eine geringe Überschreitung zulassen.

Was Herr Eichel, der linke deutsche Finanzminister, damals nicht gesagt hat, war, dass als nächster EU-Staat Deutschland die Stabilitäts-Vorgaben zu überschreiten beabsichtigte. Um selber die Vorgaben überschreiten zu können, setzte Deutschland die Bewilligung, die Vorgaben überschreiten zu dürfen, für Griechenland durch. Eichel liess sich dafür als «guter Mensch» feiern, der angeblich «die Griechen liebe». Und Griechenland bedankte sich: Es lebte weiter über seine Verhältnisse an der schönen griechischen Sonne. Deutschland sei, argumentierte Athen, ja auch dafür, dass die Griechen grössere Defizite schreiben könnten.

Aus dieser Saat wucherte dann das heran, was schliesslich in einem grossen Knall endete.

Die Schweiz wurde stark mit ihren Grundsätzen. Sie baute auf ganz bestimmte, schweizerische Staats-Säulen: Dass nicht mehr Geld ausgegeben werden darf, als zur Verfügung steht! Wir schufen eine Schuldenbremse. Ich kann mich gut erinnern, wie die Linke damals behauptete, solchem werde das Volk gewiss nie zustimmen. Aber die Zustimmung betrug dann achtzig Prozent! Es handelt sich allerdings um eine weiche Schuldenbremse – weit entfernt von einem feste Grenzen ziehenden Schlagbaum. Aber immerhin: Wenn der Finanzminister eine Ausgabe verhindern will, kann er wenigstens mit der Schuldenbremse drohen. Damit erzielt er eine gewisse Wirkung. Mehr allerdings kaum.

Die Zeit ist reif für eine Begrenzungs-Initiative

Man sagt, die Schweiz sei ein sicheres Land. Wir wussten während Jahrzehnten: An unseren Grenzen werden die Menschen kontrolliert. Es kommt nicht jeder rein.

Wer eine Bewilligung hat, darf die Schweiz betreten. Wer keine Bewilligung hat, bleibt draussen. Gilt das nicht auch zuhause? Bei uns jedenfalls darf nicht jeder ins Haus, so wie er gerade will. Nur wenn wir es ihm bewilligen, darf er rein – sonst nicht.

Doch in der Schweiz setzte sich Grössenwahn durch. Plötzlich findet Bern es viel schöner, die Menschen nicht mehr an der Landesgrenze zu kontrollieren. Stattdessen schwärmt man von unserem «offenen Land». Und es ertönt der Ruf: «Alle dürfen kommen! Macht hoch die Tür! Kommt getrost alle rein! Sind wir damit nicht ein freundliches Land?»

Doch die Stimmung schlägt um! Die Kriminellen kämen, wird lamentiert, das sei der reine Wahnsinn. Als hätte man nicht kurz

zuvor ausgerufen, es könnten alle kommen. Nein, wird geantwortet, die Kriminellen habe man damit nicht gemeint...

Doch inzwischen wurden alle Kontrollen abgeschafft. Und so gelangen die Kriminellen eben auch ins Land.

Dublin

Dagegen hat man Systeme und Konzepte erarbeitet: Dublin! Ich war, als sich die Schweiz Dublin anschloss, im Bundesrat. Die Diskussionen darüber bleiben mir unvergesslich: Dublin, wurde euphorisch gepriesen, sei ein tolles System. Das stimmt – in der Theorie wenigstens! Dublin verlangt, dass jedes Land von jedem Einwanderer, der keine Einwanderungs-Bewilligung besitzt, die Fingerabdrücke nimmt. Diese Fingerabdrücke werden in eine zentrale Datenbank eingespielen, zugänglich für alle am Dublin-System angeschlossenen Länder. Und wenn dann jemand um Einlass ersucht, kann man – wenn seine Fingerabdrücke im zentralen System bereits registriert sind – leicht herausfinden, ob und wo er in einem anderen dem System angeschlossenen Land – in Italien oder wo auch immer – bereits einmal Einlass begehrt hat.

Im Dublin-Abkommen wurde weiter vereinbart, dass jeder Einwanderer in jenes Land zurückgewiesen werde, wo er zum erstenmal registriert worden ist.

Ich hatte, damals im Bundesrat, tiefe Zweifel an der Funktionsfähigkeit dieses Systems: Würde es strikt durchgesetzt, dann könnten Asylsuchende gar nie mehr an die Schweizergrenze gelangen! Diejenigen aus Afrika, aus dem Osten, die müssten allesamt zuerst ein anderes Land passieren. Zu uns in die Schweiz könnten Asylsuchende nur noch per Fallschirm gelangen. Andere Wege gibt es nicht. Wäre das schön!

Aber ein solches System ist nicht realistisch. Es wird nie funktionieren. Es war doch leicht voraussehbar, dass Länder wie Griechenland, wie Italien und Spanien sehr rasch auf die Idee kommen

werden, den Einwanderern einfach keine Fingerabdrücke mehr abzunehmen – also jede Registrierung zu unterlassen.

Das System wird unterlaufen

Als ich im Bundesrat war, meinte der italienische Justizminister mir gegenüber einmal: «Italien – das ist doch kein Asylland, Italien ist ein Durchgangsland.» Ich habe ihm darauf geantwortet, dass wir das in der Schweiz längst bemerkt hätten.

Das ganze Dublin-Registrier-Konzept war illusionär. Es hat sich nie durchgesetzt. Alarmierend aber ist ein kürzlich gefallener Gerichtsentscheid: Er besagt, dass ins krisengeschüttelte Griechenland kein Einwanderer mehr zurückgeschickt werden dürfe – obwohl ausgerechnet in Griechenland die meisten illegalen Einwanderungen nach Europa erfolgen. Und die Italiener verteilen inzwischen allen illegalen Einwanderern Ausweise, die ihnen Reisefreiheit in ganz Europa gestatten – allerdings nur für drei Monate. Jenes Land, in dem sich der «illegale Ausweisbesitzer» nach Ablauf seiner drei Monate Reisefreiheit gerade aufhält – dieses Land wäre dann für seine Rückführung in sein Herkunftsland verantwortlich.

Präsident Sarkozy hat eine noch drastischere Massnahme getroffen: Er hat die Zugverbindung von Varese nach Paris kurzerhand eingestellt. Das alles in einem Europa, wo Personenfreizügigkeit, wo uneingeschränkte Reisefreiheit vereinbart wurde, wo alle Grenzen aufgehoben worden sind.

Schengen und Dublin – um diese vertraglichen Vereinbarungen kümmert sich in der Europäischen Union niemand mehr! Die Dänen haben inzwischen bereits die Schlagbäume runtergelassen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren: Das einzige Land, welches die Verträge von Schengen und Dublin noch einhalten will, ist die Schweiz. Und Bern klammert sich tatsächlich noch immer an seinen blinden Glauben, das System funktioniere.

Theorie und Praxis

Anlässlich einer Diskussion äusserte die St. Galler Sicherheitsdirektorin, Regierungsrätin Karin Keller-Suter die Meinung, dass Schengen/Dublin «grundsätzlich schon noch» funktioniere, mit Deutschland und Österreich gebe es jedenfalls keine Probleme. Nur: Aus Österreich und Deutschland gelangen bekanntlich auch kaum Asylsuchende an unsere Grenze. Die Frage muss doch lauten: Wie funktioniert Schengen/Dublin gegenüber Afrika, gegenüber den arabischen Staaten, gegenüber dem Osten?

Ich besuchte vor zwei Jahren Polen. Die Aufgabe Polens wäre es, seine EU-Aussengrenzen nach Osten dicht zu halten. Polen weigert sich aber, diese Grenze zu schliessen. Denn da gebe es seit Jahren einen «kleinen Grenzverkehr» gegenüber der Ukraine.

Doch genau über diese Grenze gelangen zahllose Einwanderer in den Schengen/Dublin-Raum. Sind sie einmal in diesem Raum drin, dann sind sie drinnen und bleiben drinnen. Bern redet uns ein, wir dürften solche Einwanderer an unserer Landesgrenze nicht mehr kontrollieren; weil sie Polen bereits an der EU-Aussengrenze kontrolliert habe, verbiete Schengen erneute Kontrolle. So «funktioniert» dieses Grössenwahn-System, das schlicht funktionsuntauglich ist. Die Zustände sind schlimm – man will dies bloss nicht einsehen, nicht zugeben!

Freier Personenverkehr

Auch der freie Personenverkehr ist ein Grössenwahn-System. Es gibt auf der ganzen Welt nicht ein einziges Land mit freiem Personenverkehr. Nicht einmal die klassischen Einwanderungsländer, nicht einmal Kanada, Amerika, Australien haben je einen freien Personenverkehr zugelassen. Im Gegenteil: Gerade diese Einwanderungsländer kontrollieren alle Einwanderungswilligen sehr sorgfältig. Weil sie die Kontrolle über die Zuwanderung in ihren eigenen Händen behalten wollen! Kanadier, Amerikaner und Aus-



traliert sind deswegen doch nicht schlechte Menschen. Sie haben bloss erkannt, dass Einwanderung ohne Kontrolle aus dem Ruder laufen würde. Und da kommt die Schweiz, ein selbständiges Land, und bekennt sich zum freien Personenverkehr mit der gesamten EU.

In den vergangenen vier Jahren verzeichnete die Schweiz insgesamt 320 000 Einwanderer – fast so viele, wie die ganze Stadt Zürich Einwohner zählt! Wollen wir tatsächlich alle vier Jahre eine Stadt Zürich in die Schweiz einpflanzen? Wissen Sie, was das bedeutet: Wohnungsknappheit und Wohnungsverteuerung – auch die Einwanderer beanspruchen schliesslich Wohnraum. Verstopfte Strassen – auch die Einwanderer

*«Auch der freie
Personenverkehr ist ein
Grössenwahn-System»*

besitzen schliesslich Autos. Überfüllte Züge – auch die Einwanderer wollen schliesslich reisen. Lohndruck – das ist doch unausweichlich, wenn man alle hereinlässt.

Hochkonjunktur heute – Rezession morgen

Seinerzeit – schon 1999 – habe ich vor den aus der Personenfreizügigkeit resultierenden Problemen ausdrücklich gewarnt. Die Probleme waren voraussehbar, auch bezüglich Ansprüchen an unsere Sozialversicherungen. Aber Bern schloss davor die Augen. Auch vor der «Nivellierung des Lohnniveaus». Das ist die unausweichliche Folge.

Gegenwärtig leben wir in einer überhitzten Konjunktur. Wenn Hochkonjunktur herrscht, werden – aus Übermut – regelmässig die schwersten Fehler begangen – wie jetzt auch. Alarmieren müsste eigentlich, dass wir trotz Hochkonjunktur gegenwärtig drei Prozent Arbeitslosigkeit verzeichnen. Derart hohe – über drei Prozent! – Arbeitslosigkeit kannte die Schweiz früher nur in schlechten Zeiten, in Zeiten der Rezession. Wenn erneut eine Rezession Tatsache wird – und jeder Hochkonjunktur folgt immer auch eine Rezession – dann werden die ausländischen Arbeitslosen die Schweiz gewiss nicht verlassen. Sie werden sozial bestens abgesichert sein – hier in der Schweiz, dank der Personenfreizügigkeit. Die Schweiz dürfte dann schnell eine Arbeitslosigkeit von sechs oder sieben Prozent aufweisen. Die Kosten bezahlt die Allgemeinheit.

Interessant ist ein Vergleich innerhalb der Zeitspanne 1990 bis 2010: In den Neunzigerjahren war die wirtschaftliche Situation schlecht. In der Schweiz gingen damals im privaten Sektor rund 220 000 Arbeitsplätze verloren. Viele ausländische Arbeitslose verliessen aber damals die Schweiz. In der Hochkonjunktur – 2005 bis heute – verzeichnet der private Sektor der Schweiz wieder eine Zunahme der Arbeitskräfte. Aber der Verlust der in den Neunzigerjahren verloren gegangenen 220 000 Arbeitsplätze wurde selbst in dieser Hochkonjunktur-Zeit noch nicht vollständig wettgemacht.

Hingegen hat sowohl in den Neunzigerjahren und den Jahren danach der öffentliche Sektor ununterbrochen Arbeitsplätze aufgebaut. Fazit: Der Anteil des öffentlichen Sektors hat von 18 Prozent im Jahre 1990 auf 23 Prozent im Jahre 2010 zugenommen.

Wir benötigten die Personenfreizügigkeit nicht, um die damals verlorenen Arbeitsplätze wieder zu besetzen. Wir hätten die benötigten Arbeitskräfte auch gemäss alter Ordnung – gültig vor der Personenfreizügigkeit – wieder bekommen.

Unsinnige Sozialbelastung

Als Industrieller sage ich hier: Auch vor Einführung der Personenfreizügigkeit bekam die Schweiz, bekam ihr industrieller Sektor immer genügend Arbeitskräfte. Konnten wir sie nicht in der Schweiz rekrutieren, dann haben wir Ausländer eingestellt. Aber es herrschte nicht ein System der freien Einwanderung. Es konnte nicht jeder einfach kommen. Und vor allem: Nicht jeder, der hier bloss dreissig Tage gearbeitet hat, konnte – wie das heute der Fall ist – uneingeschränkten Zugang finden zu unserem Sozialsystem, in unsere Arbeitslosenversicherung. Heute, gemäss Personenfreizügigkeit, sind wir verpflichtet, fünf Jahre lang für ausländische Arbeitslose zu sorgen, die hier lediglich dreissig Tage gearbeitet haben. Und dies keineswegs bloss für die Arbeitslosen selbst; nein, auch für all ihre Familien – bis und mit der Grossmutter.

Diese untragbaren Folgen haben inzwischen das grosse Klagen ausgelöst. Die Gewerkschaften fordern Regulierungen: Es brauche «flankierende Massnahmen». Und schon hebt die Zeit der Lohnnivellierung an in der Schweiz. Was das bedeutet? Die Guten bekommen zu wenig, die Schlechten bekommen zu viel. Also verlieren wir infolge solcher, durch die Personenfreizügigkeit ausgelöster Regulierung den unschätzbaren Vorteil des freien Arbeitsmarktes, welchem die Schweiz so viel zu verdanken hat. Statt dass wir eingestehen: Wir sind auf eine Dummheit hereingefallen. Wir müssen die Einwanderung wieder begrenzen.

Wir haben realistische Vorschläge im Parlament bereits eingebracht. Eine ganze Anzahl. Wir sind mit diesen Vorschlägen aber konsequent in die Minderheit versetzt worden. Also ist die Zeit gekommen für eine Begrenzungs-Initiative.

Heute können Sie einen wahrhaft geistreichen Artikel in der NZZ (NZZ, 21. Mai 2011) lesen, geschrieben von Herrn Gemperle, einem seit jeher notorischen EU- und EWR-Sympathisanten. Er bezeichnet die EU als Erfolgsgeschichte par excellence. Entscheidend ist bei solchen Beurteilungen der Standpunkt, von dem aus die EU beurteilt wird. Ich begreife z.B. jenen Unternehmer, dem es bestens passt, neue Arbeitskräfte auszuwählen, wenn tausend vor der Türe stehen – nicht bloss vier.

Wenn sich bloss vier Schweizer melden, dazu aber auch tausend Ausländer: Solches hat aber auch Nachteile. Und auch mit diesen Nachteilen muss man fertig werden. Es ist keineswegs ein Zeichen guter Wirtschaftspolitik, wenn man über die Blase hinwegsieht, welche die Industrie, die Wirtschaft gegenwärtig prägt – und die kurzfristig gewisse Vorteile mit sich bringt. Auch die Blase und die von ihr ausgehenden Gefahren sollte der vorausschauende Industrielle erkennen.

Fazit

Zerstört wird unsere traditionelle Sicherheit, unsere traditionelle Freiheit, unsere traditionelle Wohlfahrt dann, wenn politische Fehler verschuldet werden, wenn man unsere Staatssäulen untergräbt mit Grössenwahn-Projekten, die nicht auf festem Grund stehen.

Jetzt wissen wir, was zu tun ist. Wir müssen kämpfen für die direkte Demokratie. Sie wird nicht offen bekämpft, aber sie wird hinterhältig untergraben, unterlaufen. Neuerdings wird die Idee der Verfassungsgerichtsbarkeit propagiert – ein schönes Wort: Wer möchte sich schon gegen die Verfassung wenden. Doch man erklärt damit



Nach dem Vortrag: Christoph Blocher im Gespräch mit dem Publikum.

die Richter nicht zu Hütern, sondern zu Herren der Verfassung. So etabliert man ein Gremium von Gutmenschen, die dann vor allem zu Volksinitiativen «Ermahnungen» aussprechen: Eine vorgeschlagene Initiative, werden diese sagen, könnte gegen allgemeine völkerrechtliche Grundsätze verstossen. Eine entsprechende Warnung müsse auf alle Initiativbögen aufgedruckt werden – vergleichbar den Zigarettenpackungen mit der Aufschrift «Rauchen ist tödlich».

Da masst sich also jemand an, den Bürger warnen zu müssen: «Passt auf, was Ihr da unterschreibt. Passt auf! Eure Unterschrift könnte Euren guten Ruf beeinträchtigen.»

Solche Machenschaften untergraben die Demokratie. Dagegen müssen wir die Kraft entwickeln, Nein zu sagen. Das «Nein-Sagen» ist von ausschlaggebender Bedeutung. Denn auf der falschen Grundlage von heute kann nichts Gescheites gedeihen. Kürzlich, in einer Festbeiz-Rede, in lockerer Stimmung, habe ich gesagt: Wenn ich Erziehungsdirektor wäre, müssten die Schüler eigentlich nur drei Buchstaben lernen, «N», «E» und «I». Damit wären sie

fähig, das wichtigste Wort in der Demokratie zu schreiben. Denn Ja sagen bekanntlich genug Politiker.

Wir müssen kämpfen gegen den schleichenden EU-Beitritt – der auch wieder unter beschönigendem Namen daherkommt: Zunächst sprach Bern von den «Bilateralen III», in deren Rahmen «institutionelle Fragen» geregelt werden sollten. Die Bürger verstehen natürlich nicht, worum genau es da geht. Deshalb: Wehren Sie sich gegen die gewundene, künstliche Sprache! Die Oberen haben so zu sprechen, dass wir verstehen, worum es geht. Das Volk ist der Chef. Das Volk befiehlt!

Ich erinnere mich an einen Bundesbeamten, der immer ungeheuer gescheit gesprochen hat. Um dann, in einer Besprechung, plötzlich, an meine Adresse gerichtet, zuzufügen: «Ich sehe schon ein, für Sie als Laien ist das etwas schwierig zu verstehen...» Da unterbrach ich ihn mit den Worten: «Hören Sie mal zu! Ich weiss schon, dass ich viel dümmer bin als Sie. Aber der Gescheite hat sich dem Dummen anzupassen, nicht umgekehrt. Jetzt gehen Sie zurück in Ihr Büro und formulieren Ihre Vorlage so, dass auch ich – als Dummer – sie verstehen kann...»

«Institutionelle Anpassung» heisst nichts anderes, als dass die Schweiz und die Schweizer das EU-Recht übernehmen müssen, ohne dass sie dazu noch etwas sagen könnten. Und zusätzlich müssten die Schweizer alle Gerichtsurteile der EU anerkennen,

«Institutionelle Anpassung heisst nichts anderes, als dass die Schweiz EU-Recht übernehmen müsste, ohne dass sie dazu noch etwas sagen könnte.»

welche von fremden Richtern gefällt werden. Das verschweigt Bern dem Volk. Das verschlei-ert Bern mit dem Begriff «institutionelle Fragen». Und weil der Begriff «Bilaterale III» in Brüssel unter die Räder kam, kreierte Bern einen neuen Begriff: Bern spricht neuerdings vom GKA – arrogant voraussetzend, dass jeder halbwegs

Intelligente schon wisse, was unter GKA zu verstehen sei: Das ist die Abkürzung für den «Gesamtheitlichen Koordinierten Ansatz».

Auf solcher Grundlage verhandelt der Bundesrat jetzt in Brüssel. Bundesrat Johann Schneider-Ammann begab sich Mitte Mai nach Brüssel mit der Ankündigung, er wolle die Ventilklausel zum Freien Personenverkehr neu aushandeln. Als er zurückkam, führte er dann aus, dass neue Verhandlungen zur Ventilklausel unnötig seien; im Rahmen des «gesamtheitlich koordinierten Ansatzes» könne darauf verzichtet werden. Zuerst kam die Ankündigung – wenig später vertritt der Bundesrat das Gegenteil. Und diesen Vorgang bezeichnet Bern dann als «koordiniert».

Meine Damen und Herren! Es brennt an allen Ecken und Enden. Unsere Partei, die SVP, ist bekanntlich scharf kritisiert worden wegen unseres Wahlspruchs im Wahljahr: «Schweizer wählen SVP».

Das, wofür wir einstehen, das sind die Grundsäulen unseres Landes, die das Fundament bilden für unsere Schweiz. Wer diese Grundsäulen zerstört, kann sich zwar auf dem Papier durchaus noch als Schweizer deklarieren lassen – nach seiner Gesinnung aber ist er es nicht mehr. Deshalb wählen die Schweizer SVP! Ich hoffe, Sie alle wählen SVP!

Dr. Christoph Blocher

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservative Zeitung für
Unabhängigkeit, Föderalismus und
Freiheit

www.schweizerzeit.ch

Erscheint vierzehntäglich

*...damit das gesagt wird,
was nicht
ungesagt bleiben darf.*



*Ich interessiere mich für
die «Schweizerzeit»*

Name / Vorname: _____

Geburtsjahr: _____

Strasse / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

E-mail: _____

- Ich bestelle die «Schweizerzeit» im Abonnement zum Preis von Fr. 60.– (inkl. MWST) pro Jahr.
- Ich bitte zunächst um die Zusendung von Probenummern und entscheide dann, ob ich die «Schweizerzeit» abonnieren will.
- Zum Verteilen bei Bekannten wünsche ichExpl. der Broschüre «Christoph Blocher: Wie bewahren wir Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt der Schweiz» (kostenlos).

Ausschneiden (oder kopieren) **«Schweizerzeit»**
und einsenden an:
Postfach 23, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00
Fax 052 301 31 03



«Schweizerzeit»-Schriftenreihe

Lieferbare Titel

- 48 Dr. Pirmin Meier**
Politik, Prinzipien und das Gericht der Geschichte (2007)
- 49 Hermann Suter**
Anpacken statt lamentieren –
Nach dem Bankrott der Achtundsechziger (2008)
- 50 Professor Christine Schirmmayer**
Ehrenmord – Ein Verbrechen zwischen
Migration und Tradition (2008)
- 51 Henryk M. Broder**
Die letzten Tage Europas – Eurabia oder Eurasia? (2008)
- 52 Dr. Bruno Bandulet**
Die Finanzkrise und die Zukunft des Goldes (2009)
- 53 Professor Dr. Wilhelm Hankel**
Die Zukunft der Europäischen Union (2010)
- 54 Dr. Christoph Blocher**
Wie bewahren wir Freiheit, Sicherheit und
Wohlfahrt der Schweiz (2011)

**Schweizerzeit**

Bürgerlich-konservative Zeitung für
Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

www.schweizerzeit.ch